

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/93

17. Mai 1976

CDU mißbraucht die Aussiedler zum Wahlkampf

Übles Pamphlet der CDU-Zentrale schürt bewußt Emotionen

Von Dr. Horst Schmidt MdL  
Sozialminister des Landes Hessen

Seite 1 und 2 / 86 Zeilen

Sind unterirdische Kernkraftwerke sicherer?

Bundesregierung veranlaßte technische Untersuchungen

Von Gerhard Flämig MdB  
Stellv. Vorsitzender im Ausschuß für Energie und Forschung des Europäischen Parlaments

Seite 3 und 4 / 61 Zeilen

Europarat stützt die KSZE-Politik

Eine 18-Staaten-Debatte setzt positive Aspekte

Von Klaus Richter MdB  
Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und Leiter der Deutschen Delegation

Seite 5 / 41 Zeilen

Sind Gewerkschaften und Streik notwendig?

Umfassende Textausgaben zu einem hochaktuellen Thema

Von Dr. Walter Nickel  
Mitglied des DGB-Werbeausschusses und Direktor der Bank für Gemeinwirtschaft

Seite 6 und 7 / 82 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberdi Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 67 - 38  
Telex: 08 88 646 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

CDU mißbraucht die Aussiedler zum Wahlkampf  
-----

Übles Pamphlet der CDU-Zentrale schürt bewußt Emotionen

Von Dr. Horst Schmidt MdL  
Sozialminister des Landes Hessen

Die Aufnahme und Eingliederung der jetzt aus Polen zu uns kommenden deutschen Aussiedler erfordert besondere Hilfsmaßnahmen des Bundes und der Länder. Mit ihrem Sonderprogramm hat die Bundesregierung die Voraussetzung geschaffen, um die Versorgung dieses Personenkreises mit Wohnraum und Hausrat sowie eine qualifikationsgerechte Eingliederung in das Berufs- und Arbeitsleben zu gewährleisten. Dazu kommen zum Beispiel in Hessen weitere gezielte Hilfen. Ungeachtet dieser Maßnahmen sollten wir uns darüber im klaren sein, daß diese deutschen Aussiedler über die materiellen Hilfen hinaus weiteren Beistand benötigen, wenn sie sich in unserer demokratischen Gesellschaftsordnung schnell zurechtfinden sollen.

Viele der Aussiedler, die zur Zeit bei uns eintreffen, haben lange Jahre des Wartens auf die Ausreisegenehmigung hinter sich. Sie sind oft verbittert und von Groll erfüllt. Ihre Haltung gegenüber der Volksrepublik Polen ist deshalb nicht selten von starken Emotionen und Pauschalurteilen bestimmt. Hinzu kommt, daß diese Deutschen mit Übergroßen und nicht immer realistischen Erwartungen in die Bundesrepublik kommen - ein Land, von dem sie wenig wissen.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß viele dieser Aussiedler ein ausgeprägtes nationales Bewußtsein haben, das jetzt seine Bestätigung sucht. Und wir müssen auch feststellen, daß der geschichtliche und demokratische Lernprozeß, der sich bei uns seit 1945 vollzogen hat und zur bestimmenden Grundlage dieser Bundesrepublik Deutschland wurde, die Deutschen in Polen nicht in dieser Weise erfaßt hat und wohl nicht erfassen konnte. Die von der sozialliberalen Koalition seit 1969 mit Nachdruck betriebene Politik der Versöhnung und Verständigung mit unseren Nachbarn wird deshalb von den Aussiedlern nicht immer auf Anhieb voll verstanden. Deshalb ist es meiner Auffassung nach eine Pflicht aller demokratischen Parteien in unserem Land, diesen Deutschen hier eine Hilfestellung zu geben, sie mit den Einrichtungen unseres demokratischen Staates vertraut zu machen und diese zu erklären. Die Aussiedler sollen wissen, daß zwischen 1945 und 1976 nicht nur 31 Jahre, sondern ganze Welten liegen. Ihnen soll vor Augen geführt werden, daß die Bundesrepublik Deutschland ein neuer Staat mit eigener demokratischer Tradition ist.

Aus diesem Grund ist es für mich unfassbar, daß die CDU diese schwierige psychologische Situation der Aussiedler zum Anlaß nimmt, um eine hemmungslöse Propagandaaktion mit nationalistischen Untertönen zu starten und Wahlkampfstimmung in die Wohnheime und Lager für Aussiedler zu tragen. Um konkret zu werden: Die CDU-Bundesgeschäftsstel-

le in Bonn hat im März 1976 ein Faltblatt zur Verteilung an die Aussiedler herausgegeben, in dem die CDU unter der Überschrift "Verfolgt, vertrieben, vergessen - 4 Millionen Deutsche in Osteuropa" zeigt, was sie unter Ostpolitik wirklich versteht. Eine geschichtsverfälschende Darstellung, der Geist des Kalten Krieges und eine Sprache von vorgestern kennzeichnen dieses Traktat. So wird zum Beispiel in dem Faltblatt in aller Ausführlichkeit über das Ausmaß der Vertreibung und die dadurch entstandenen Gebiets- und Vermögensverluste gesprochen. Die Tatsache des von Hitler verursachten Krieges mit seinen grenzenlosen Elendfolgen wird dagegen nur mit einem lapidaren Hinweis auf "eine ungemein wechselvolle Geschichte" abgetan. Wenn die CDU schon meint, sie hätte - wober auch immer - das moralische Recht zur großen Abrechnung mit den osteuropäischen Staaten, dann aber hätte sie wenigstens mit einem Wort die ungeheuren Leiden erwähnen sollen, die in deutschem Namen dem polnischen Volk zugefügt wurden. Für mich ist es absolut unverständlich, daß eine sich christlich nennende Partei solche Pseudodokumentationen herausgeben kann und damit bewußt Haß und Rachegefühle schürt. Aussöhnung und Verständigung zwischen den ehemals verfeindeten Staaten und Völkern scheinen Fremdworte für die Unions-Christen zu sein.

Kennzeichnend für die Methode der CDU ist auch die Auseinandersetzung mit der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition in diesem Faltblatt. In bekannter Manier wird da den deutschen Aussiedlern dargestellt, daß die Ostverträge überflüssig und kostspielig seien. Die finanziellen Vereinbarungen mit Polen werden als "Freikauf" von 120.000 Menschen abqualifiziert. Aber diese gleiche christlichdemokratische Partei hat sich nicht gescheut, nach der Zustimmung des Bundesrates zur Polen-Vereinbarung ein weiteres Faltblatt herauszubringen, in dem sie die Ausreise der 120.000 Deutschen plötzlich als ihr ureigenes Verdienst reklamiert.

Es ist eine Sache der christlichen Demokraten unter ihrem Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl, wie sie diese Doppelzüngigkeit mit ihrem Gewissen vereinbaren wollen. Beschämend ist jedoch die Tatsache, wie die CDU um des Wahlkampfes und ein paar Stimmen willen das Vertrauen der Aussiedler so gräßlich mißbraucht und sie zu Marionetten ihrer Wahlkampfstrategie machen will. Die demokratische Gemeinsamkeit, von der Unions-Politiker früher so gerne sprachen, scheint nicht mehr gefragt zu sein. Die CDU/CSU ist dabei, das Rad der Geschichte mit aller Macht zurückzudrehen und dabei den außenpolitischen Kredit der Bundesrepublik zu verspielen.

(-/17.5.1976/bgy/pr)

+ + +

Sind unterirdische Kernkraftwerke sicherer ?  
-----

Bundesregierung veranlasste technische Untersuchungen

Von Gerhard Flämig MdB

Stellv. Vorsitzender im Ausschuß für Energie und Forschung des  
Europäischen Parlaments

Die Sicherheit von Kernkraftwerken ist ein Thema, das nach wie vor die Gemüter bewegt. Seit die Bundesregierung in der großen Energie-Debatte des Bundestages noch einmal deutlich machte, daß die Sicherheit von Kernkraftwerken Vorrang habe vor der Wirtschaftlichkeit, wird auch in Kreisen der Kernenergie-Befürworter darüber diskutiert, wie optimale Sicherheit erreicht werden kann. Ein Vorschlag steht seit 1969 im Raum: der unterirdische Bau von Kernkraftwerken. Neuere Pressemeldungen über entsprechende Untersuchungen in der Schweiz nahm jetzt ein CDU-Abgeordneter zum Anlaß, um die Bundesregierung danach zu fragen, inwieweit sie untersuchen ließ, ob Kernenergie-Anlagen "in den Bergmassiven der Bundesrepublik" gebaut werden können.

Es hätte dieses Anstoßes aus Oppositionskreisen nicht bedurft, denn die Bundesregierung hatte bereits in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der Regierungskoalition betreffend friedliche Nutzung der Kernenergie eine ausführliche Stellungnahme zum Thema unterirdische Kernkraftwerke gegeben. Freilich kann es auch nichts schaden, wenn diese Frage, nachdem die Regierungsantwort nun ein dreiviertel Jahr zurückliegt, erneut aufs Tapet gebracht wird - es sei denn, die Opposition versucht mit einer Flut mehr oder minder überflüssiger Anfragen, die Fachleute im Innenministerium und im Forschungsministerium von der eigentlichen Arbeit abzuhalten.

Jedenfalls hat die Bundesregierung klar gemacht, daß die Errichtung von großen Kernkraftwerken in Felshöhlen oder "Bodenausnehmungen" (versenkte Bauweise) bisher zwar nicht erprobt wurde, jedoch keine grundsätzlich unüberwindbaren technischen Probleme aufwerfen würde. Durch einen unterirdischen Bau ließen sich wegen der das Kernkraftwerk umgebenden Fels- bzw. Erdmassen erhebliche Schutzwirkungen erzielen, zumal die relativ langen un-

terirdischen Verbindungskanäle und Zugänge leicht zu kontrollieren und leicht abzudichten wären. Auf diese Weise ließe sich ein Kernkraftwerk wirksam gegen Flugzeugabsturz oder das Auftreten von Druckwellen aus chemischen Explosionen schützen, ebenso wie gegen gezielte Gewalteinwirkungen durch Waffen sowie unbemerktes oder gewalttames Eindringen von Saboteuren. Ja, selbst in einem zwar unwahrscheinlichen aber immerhin möglichen Störfall, durch den radioaktive Spaltprodukte freigesetzt würden, könnte ein unterirdischer Bau von Vorteil sein. Zugleich hätte aber die Bundesregierung klargemacht, daß diesen Vorteilen auch einige erhebliche Nachteile gegenüberstehen. Kernkraftwerke in unterirdischen Höhlen seien schwerer zugänglich als oberirdische Kernkraftwerke. Dadurch würde die notwendige ständige technische Überwachung erschwert, was mit der immer wieder erhobenen Forderung nach reparaturfreundlichen Kernkraftwerken schlecht vereinbar wäre.

Hinzu käme eine zusätzliche Schwierigkeit. Niemand kann ausschließen, daß es, wie bei jedem Kraftwerk, auch bei einem Kernkraftwerk einmal zu geringfügigen technischen Störungen kommen kann. Bei oberirdischer Bauweise würden selbst beim Austritt kleinster Mengen Radioaktivität sofort die Warnanlagen ansprechen, und Gegenmaßnahmen könnten unverzüglich eingeleitet werden. Bei unterirdischen Bauten müßten sehr schwierige zusätzliche Einrichtungen zum Schutze des Grundwassers geschaffen werden. Schwierig würde sich bei unterirdischer Bauweise auch die notwendige Kühlung der Kernreaktoren gestalten. Nicht zufällig stehen nämlich bis heute alle Kernkraftwerke an wasserreichen Flüssen, denn der Kühlwasserbedarf ist noch größer als bei Kohle- oder Ölkraftwerken.

Eine Frage sollte außer Betracht bleiben, nämlich die nach zusätzlichen Kosten. Wer ja sagt zur Kernenergie, der muß sich darüber im klaren sein, daß die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen Geld kosten. Wenn wirklich unterirdische Kernkraftwerke sicherer sind als oberirdische, dann dürfte die unterirdische Bauweise nicht an der Kostenfrage scheitern. Genau das aber kann bisher kein Fachmann verbindlich und abschliessend beurteilen. Die Bundesregierung läßt zur Zeit prüfen, ob durch unterirdische Bauten insgesamt ein wesentlicher Sicherheitszuwachs erreicht wird, oder ob nicht neue spezifische Sicherheitsprobleme geschaffen werden. Die Bundesregierung sollte diese Untersuchungen zügig vorantreiben. Auf keinen Fall aber darf hier gehudelt werden. Was notwendig ist, das sind verbindliche, durch Fakten erhärtete Aussagen.

(-/17.5.1976/ks/pr)

+ + +

Europarat stützt die KSZE-Politik  
-----

Eine 18-Staaten-Debatte setzt positive Aspekte

Von Klaus Richter MdB

Vizepräsident der Parlamentarischen

Versammlung des Europarates und Leiter der Deutschen Delegation

Die KSZE-Debatte der Parlamentarischen Versammlung des Europarats war die bisher umfassendste Bestandsaufnahme seit Abschluß der Konferenz in Helsinki. Der Berichterstatter des Politischen Ausschusses, der Wiener ÖVP-Abgeordnete Karasek, sowie andere Berichterstatter anderer Ausschüsse der Parlamentarischen Versammlung des Europarates haben sich mit großem Engagement der KSZE-Thematik angenommen und ausgezeichnete Berichte vorgelegt. Der Europarat, der sich schon mehrfach mit dem Thema beschäftigt hat, hat damit einen wichtigen Beitrag zur internationalen KSZE-Diskussion geliefert. Die Methode, unter verschiedenen Gesichtspunkten an ein einziges großes Thema heranzugehen, war für die Europaratsdebatte sehr fruchtbar. Das KSZE-Thema eignete sich besonders gut dafür.

Entscheidenden Anteil an der Gestaltung der Debatte hatten die Ausführungen des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Bruno Kreisky, der in seiner mit Zustimmung und Beifall aufgenommenen Rede insbesondere hervorhob, daß die Entspannungspolitik und die KSZE ein Erfolg des Westens waren; zu den Voraussetzungen dieser Politik das militärische Gleichgewicht gehört; zur Entspannung keine Alternative möglich ist; und die Entspannungspolitik nicht defensiv, sondern offensiv geführt werden muß.

Der Gesamteindruck, den man aus der Europaratsdebatte gewinnen konnte, ist außerordentlich erfreulich. Die anfängliche Skepsis in der Parlamentarischen Versammlung gegenüber der KSZE ist nunmehr einer positiven, wenn auch nüchternen Betrachtungsweise gewichen. Die Versammlung hat klar ihren Willen zum Ausdruck gebracht, sich weiterhin mit der Entwicklung der Entspannung in Europa nach Unterzeichnung der Schlußakte der KSZE in Helsinki zu beschäftigen, ohne jedoch den Anspruch der Alleinzuständigkeit zu erheben. Es sollte durchaus anerkannt werden, daß der Europarat durch seine Zusammensetzung aus 18 Mitgliedstaaten des demokratischen Europa in besonderer Weise dafür geeignet ist, eine internationale Diskussion über die KSZE zu führen. Im Europarat sind auch neutrale Staaten vertreten, die nicht an der gemeinsamen politischen Willensbildung im Rahmen der Bündnisse oder im Rahmen der EG teilnehmen. Der Aspekt, die neutralen Staaten am Dialog über die Weiterentwicklung des KSZE-Gedankens zu beteiligen, verdient besondere Beachtung. Er trägt dazu bei, eine Isolierung der neutralen Staaten und Nichtmitgliedsländer der EG vom übrigen demokratischen Europa zu verhindern.

Der gemeinsame Nenner in der KSZE-Debatte der Parlamentarischen Versammlung des Europarates war der Auffassung, daß die politischen und wirtschaftlichen Instrumente, die durch die KSZE-Schlußakte im Ost-West-Verhältnis geschaffen worden sind, zu nutzen sind, weil sie zur Durchführung der in Helsinki beschlossenen Prinzipien und Absichten beitragen. Die Ost- und Entspannungspolitik der Bundesrepublik hat damit weitere Anerkennung gefunden.

(-/1 .5.1976/sgy/e/pr)

+ + +

Sind Gewerkschaften und Streik notwendig ?

Umfassende Testausagen zu einem hochaktuellen Thema

Von Dr. Walter Nickel

Mitglied des DGE-Werbeausschusses und Direktor der Bank für Gemeinwirtschaft

Der grundlegende Bestandteil eines Vorstellungsbildes (Image), das sich in sozialen Gruppen von einer gesellschaftlichen Institution gebildet hat, ist zweifellos die Meinung darüber, ob diese Institution überhaupt gesellschaftlich notwendig sei oder ob man auf sie verzichten könne. Da die Mehrheit der Arbeitnehmerschaft heute noch keiner Gewerkschaft angehört, läge an sich die Vermutung nahe, daß ein erheblicher Teil dieser Mehrheit die Notwendigkeit der Existenz und des Wirkens von Gewerkschaften überhaupt in Frage stellt. Wie sich durch langjährige Untersuchungen herausstellt, ist jedoch gerade das Gegenteil der Fall. Einsicht in die Notwendigkeit der Existenz von Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft und Zustimmung zu ihren Aktivitäten sind auch bei dem weitaus größten Teil der zur Zeit noch nicht organisierten Arbeitnehmer stark ausgeprägt. Dies zeigen die Antworten auf folgende Frage: "Glauben Sie, daß die Gewerkschaften in der heutigen Zeit notwendig sind, oder kann man auch ohne sie auskommen?" Darüber hinaus wird aus den Stellungnahmen eines seit längeren Jahren befragten Bevölkerungsquerschnitts deutlich, daß auch bei anderen Bevölkerungsgruppen seit langem schon eine sehr hohe Zustimmungsquote zu finden ist.

Bei der letzten diesbezüglichen Repräsentativ-Erhebung Anfang 1976, bei der 2.000 Bundesbürger über 18 Jahre befragt worden waren, ergab sich nachstehende Meinungsstruktur. Von der Bevölkerung insgesamt sind zur Zeit lediglich acht vH der Meinung, Gewerkschaften seien nicht notwendig, und fünf vH können oder wollen sich dazu nicht äußern. Die überwältigende Mehrheit hingegen - fast neun von zehn Personen - gibt demgegenüber ihrer Überzeugung Ausdruck, daß man in der heutigen Zeit ohne Gewerkschaften nicht auskommen kann. Jeder Fünfte (19 vH) hält sie sogar für sehr notwendig, die Hälfte (47 vH) für notwendig; ein Fünftel (21 vH) macht partielle Vorbehalte (teils-teils). Selbst bei den Bevölkerungsgruppen der Selbständigen und freien Berufe findet sich nur eine Minderheit, die die Notwendigkeit von Gewerkschaften verneint. Jeder Sechste (16 vH) ist hier dieser Ansicht.

Interessant ist, daß die eigene Sicht von der wirtschaftlichen Entwicklung der nächsten Zeit von stärkerem Einfluß auf die Beurteilung der Notwendigkeit von Gewerkschaften ist. Wer glaubt, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik in den kommenden Jahren verbessern werden, ist viel eher geneigt, die Gewerkschaften für notwendig und sehr notwendig zu halten als derjenige, der die Zukunft düster sieht. So sind unter den Optimisten nur wenige zu finden (zwei vH), die Gewerkschaften als nicht erforderlich ansehen. Noch geringer ist der Anteil derjenigen, die sich nicht äußern (eins vH). Jeder Vierte aber (25 vH) aus dieser Gruppe hält die Gewerkschaften für sehr notwendig. Gewisse Vorbehalte (teils-teils) meldet erst jeder Sechste bis Siebente (15 vH) an. Bei den Pessimisten jedoch, die

Einschränkungen im Grad der Zustimmung machen, ist der Anteil doppelt so groß (30 vH) wie bei den Optimisten (15 vH), die die Gewerkschaften mit Einschränkungen für notwendig halten.

Zum Bild der Gewerkschaften gehört als wesentlicher Bestandteil der Streik. Aber auch wenn man Gewerkschaften für notwendig hält, ist damit nicht automatisch die Zustimmung zu den Maßnahmen verbunden, mit denen sie erforderlichenfalls ihre Forderungen durchsetzen können. Der Streik, die gemeinsame Arbeitsverweigerung von Arbeitnehmern, ist die schärfste Waffe der Gewerkschaften im sozialen Konflikt. Ihre Anwendung, in der BRD im Vergleich zu anderen Industrienationen zurückhaltend gehandhabt, löst dennoch schon in der öffentlichen Diskussion nicht nur das Für und Wider sachlicher Argumentation aus, sondern in hohem Maße gefühlsbestimmte Reaktionen.

Wie sind nun gegenwärtig generell die Meinungen zu diesem letzten Mittel gewerkschaftlicher Politik? Wie es scheint, ziemlich eindeutig. So hält es die Hälfte der Bevölkerung (51 vH) für richtig, daß die Gewerkschaften zur Durchsetzung der Forderungen der Arbeitnehmer auch zum Mittel des Streiks greifen. Nur eine - wenn auch beachtliche - Minderheit der erwachsenen Bundesbürger will vom Streik nichts wissen. Jeder Dritte (33 vH) lehnt diese Form des Arbeitskampfes ab. Relativ hoch ist der Anteil derjenigen, die bei dieser Problematik keine Angabe machen. Jeder Sechste (16 vH) enthält sich einer Stellungnahme.

Die Parteipräferenz markiert sehr deutlich Unterschiede bei der Beurteilung des Streiks als Mittel gewerkschaftlicher Politik. Während es zwei Drittel (67 vH) der SPD-Anhänger für richtig halten, daß die Gewerkschaften zur Durchsetzung von Forderungen der Arbeitnehmer auch zum Mittel des Streiks greifen, sinkt dieser Anteil bei den CDU/CSU-Anhängern auf zwei Fünftel (40 vH). FDP-Anhänger stehen mit 54 vH Streikbefürwortern genau dazwischen. Den höchsten Zustimmungswert findet der Streik erwartungsgemäß bei den Gewerkschaftsmitgliedern. Die überwältigende Mehrheit (76 vH) spricht sich für die Anwendung von Streikmaßnahmen aus. Erst jeder Siebte (16 vH) ist dagegen. Aber auch die Nichtmitglieder sprechen sich mehrheitlich für den Streik aus, und zwar mit 55 vH. Unter den berufstätigen Arbeitnehmern sind Facharbeiter (75 vH dafür) und Beamte (71 vH dafür) weitaus positiver zum Streik eingestellt als Angestellte (58 vH dafür) und an- und ungelernte Arbeiter (54 vH dafür).

Während mit wachsender Betriebsgröße auch die positive Einstellung zum Streik deutlich zunimmt, scheint diese mit zunehmendem Alter etwas abzunehmen. Männer halten es häufiger für richtig, daß die Gewerkschaften streiken (66 vH) als Frauen (58 vH). Interessant sind die Meinungen bei den Selbständigen und freien Berufen. Zwar ist annähernd die Hälfte (46 vH) dagegen, daß die Gewerkschaften zur Durchsetzung der Forderungen der Arbeitnehmer auch zum Mittel des Streiks greifen, aber immerhin bejaht auch in dieser Sozialgruppe jeder Dritte (34 vH) den Streik; und jeder Fünfte (20 vH) macht dazu keine Angabe.

(-/17.5.1976/vp/pr)

+ + +